

Glyphosat soll zügig verschwinden

Die Agrar- und die Umweltministerin demonstrieren nach Streit nun Einigkeit.

VON JAN DREBES

BERLIN Wie schnell der Unkrautvernichter Glyphosat von deutschen Äckern und Gärten verschwinden sollte, sorgte monatelang für Ärger zwischen dem Landwirtschafts- und dem Umweltministerium. Jetzt wollen die neuen Ministerinnen Julia Klöckner (CDU) und Svenja Schulze (SPD) beim Ausstieg demonstrativ an einem Strang ziehen.

Klöckner zeigte sich zwar skeptisch mit Blick auf ein nationales Verbot des Wirkstoffs, kündigte aber einen raschen Vorstoß zur Reduzierung des Glyphosat-Einsatzes in Deutschland an. Sie werde in den nächsten Tagen einen Vorschlag machen, wie die Anwendung eingeschränkt werden könne, sagte sie



Der Unkrautvernichter Glyphosat wird auf viele Felder gesprüht. FOTO: EPD

gestern. Schulze sagte unserer Redaktion, dass ein Verbot des Wirkstoffs nur auf EU-Ebene möglich sei. Auf nationaler Ebene gehe es aber um die Mittel, die ihn enthalten. Der „systematische und schritt-

weise Ausstieg“ müsse bis 2021 vollendet sein, bekräftigte Schulze. Einer ihrer Sprecher verwies darauf, dass mehr als 80 Kommunen und mehrere Unternehmen schon jetzt den Einsatz von Glyphosat auf ihren Flächen ablehnen. „Der Ausstieg ist möglich, der Ausstieg ist auch schon längst im Gang“, sagte er.

Klöckner betonte, dass sie sich an den Koalitionsvertrag halte: „Ich bin da vertragskonform“, sagte sie. Für Furore hatte zuvor ihre Äußerung in der „Süddeutschen Zeitung“ gesorgt, wonach Verbote nicht immer Bestand hätten. Sie betonte später, sie habe sich nicht gegen ein Verbot von Glyphosat ausgesprochen. „Ich habe darauf hingewiesen, dass es eine europarechtliche Frage ist“, so Klöckner gestern.

RP
v. 17.04.2018